

BürgerInnenbrief **Mitte**

28. Juni 2010



DIE LINKE.

Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft

+++ Leerstand +++ Phantom-LINKE +++ Finanzchaos +++ HSH +++ Kombibahn +++ Deserteure +++ Kulturtipp +++

Kein Wohnungsleerstand in Hamburg...



Links neben der Roten Flora: Das leer stehende Haus im Schanzenviertel

»Erkenntnisse über relevanten, strukturellen, das heißt nicht fluktuations- bzw. modernisierungsbedingten Leerstand von Wohnungen in Hamburg liegen dem Senat nicht vor.« Mit dieser lapidaren Antwort antwortete der Senat auf meine Kleine Anfrage zu diesem Thema. Es ist ernüchternd, wie der Senat ein Phänomen bagatellisiert, das in Zeiten wachsender Wohnungsnot eigentlich mit großer Aufmerksamkeit verfolgt werden müsste. Immerhin, so weiter die Senatsantwort, seien gegenwärtig insgesamt 8,5 SachbearbeiterInnen (verteilt auf die sieben Bezirke) mit dem Wohnungsleerstand befasst – im Jahre 2005 gab es dafür noch 10,5 Stellen. Bei den zuständigen bezirklichen Dienststellen sind zurzeit 293 Wohnungen

als leer stehend registriert, zuzüglich der im Januar 2010 bei der SAGA GWG leer stehenden 1.578 Wohnungen (davon 562 »vermietungsbedingt« und 1.016 »sonstiger Leerstand«). Von diesen 1.578 Wohnungen standen 192 zwischen sieben und zwölf Monate leer, über ein Jahr ohne MieterInnen waren sogar 582 Wohnungen!

Ich bezweifle diese Zahlen und gehe davon aus, dass die »Dunkelziffer« erheblich höher ist. Worüber keine Erkenntnisse vorliegen, darüber mag man in dieser Stadt nicht reden, Eigentum ist schließlich heilig. Jede über einen längeren Zeitraum leer stehende Wohnung ist eine Ohrfeige für die politisch Verantwortlichen, die gehalten sind, gegen Woh-

nungslieferstand vorzugehen. Und sie wirft ein Licht auf das Vorgehen von Spekulanten, die das Wohnrecht der Menschen und die »soziale Verpflichtung« des Eigentums mit Füßen treten. Gerade hat der Verein Mieter helfen Mietern herausgestellt, dass in der Juliusstraße/Ecke Schulterblatt im Schanzenviertel ein ganzes Wohnhaus seit mehreren Jahren leer steht – wohl »übersehen« vom zuständigen Bezirksamt. Ich selbst gehe fast täglich an einem Gebäude in der Koppel vorbei, das seit mindestens zehn Jahren vor sich hin rottet, ohne dass das Bezirksamt Hamburg-Mitte bisher auch nur einen Finger rührte.

Dabei könnte durchaus gegen den Wohnungsleerstand vorgegangen werden, wie die Senatsantwort auch belegt: »Nach Anzeige von Wohnungsleerstand erfolgt eine Ortsbesichtigung. Steht die betreffende Wohnung tatsächlich leer, erfolgt nach circa sechs Monaten eine wiederholte Ortsbesichtigung, da Leerstand gemäß den Bestimmungen des Hamburgischen Wohnraumschutzgesetzes erst nach diesem Zeitraum geahndet werden kann. Ist der Leerstand auch nach sechs Monaten nicht abgestellt, erfolgt eine Anhörung des Verfügungsberechtigten. Nach dieser Anhörung ist dem Verfügungsberechtigten eine Frist zur freiwilligen Abhilfe einzuräumen. Ist nach Ablauf der Frist der Leerstand weiterhin vorhanden, so kann ein Wohnungsnutzungsgebot erlassen werden. Wird auch das Wohnungsnutzungsgebot nicht befolgt, so kann ein Bußgeldverfahren eingeleitet werden. (...) Ungenehmigter Woh-

nungslieferstand im Sinne des Gesetzes über den Schutz und die Erhaltung von Wohnraum (...) ist keine Straftat im Sinne des Strafgesetzbuches, kann aber eine Ordnungswidrigkeit (...) darstellen, die (...) mit einer Geldbuße bis zu 50.000 Euro geahndet werden kann.«

Von dieser Möglichkeit haben die Hamburger Behörden in den letzten Jahren nur selten Gebrauch gemacht. 2004 wurden im Falle von zehn Wohneinheiten mit 718 qm Zwangsgelder in Höhe von 37.500 Euro erhoben, 2005 waren es bei acht Wohneinheiten mit 1.003 qm 22.000 Euro, 2006 bei einer Wohneinheit mit 100 qm 20.500 Euro Zwangs- und 2.500 Euro Bußgeld. 2007 und 2008 gab es dann überhaupt keine Maßnahmen dieser Art mehr.

Das Netzwerk Recht auf Stadt ist dabei, einen »Leerstandsmelder« im Web zu installieren, bei Mieter helfen Mietern werden entsprechende Hinweise schon heute gesammelt. Das sind wichtige Initiativen, um dem realen Leerstand auf die Spur zu kommen und die verantwortlichen Stellen durch Protest, Eingaben, Beschlüsse und Besetzungen vermehrt unter Druck zu setzen. Ich selbst werde dazu beitragen, indem ich mir das Wohnhaus in der Koppel näher anschau; alle LeserInnen dieses BürgerInnenbriefes möchte ich bitten, sich in der Nachbarschaft umzuhören bzw. umzuschauen, wo Wohnungen oder gleich ganze Häuser seit längerem leer stehen, und das dann an Recht auf Stadt, Mieter helfen Mietern oder auch mir mitzuteilen.

Gibt es DIE LINKE wirklich?



Phantom DIE LINKE am Spritzenplatz in Altona

Das in ganz Deutschland tätige Unternehmen Möbel Höffner plant in Hamburg einen Bau an der Holsteiner Chaussee, der noch erheblich größer werden wird als die bekannten IKEA-Häuser. An der Seite einer Bürgerinitiative wandte sich über Monate die Bezirksfraktion der LINKEN gegen dieses Mammutprojekt, das mit deutlichen Verlusten an Grünflächen,

beträchtlichen Verkehrsbelastungen und zusätzlichen Emissionen für die Nachbarschaft einhergehen wird. Es wurde zudem die Frage aufgeworfen, ob es überhaupt Bedarf für noch ein großes Möbelhaus im Hamburger Raum gibt. Der Protest der Bürgerinitiative kommt im mehr als halbseitigen Bericht des »Hamburger Abendblatts« vom 25. Juni mal gerade eben

vor. Während der seltsame Umstand, dass sich die »beiden Kernbündnispartner GAL und SPD«, vor kurzem noch Gegner der Höffner-Ansiedlung, kurzfristig darauf geeinigt hätten, »dass jeweils eine größere Gruppe beider Fraktionen nicht gegen den Bebauungsplan stimmt«, erwähnt wird, taucht die Bezirksfraktion der LINKEN, die das Projekt von Beginn an und auch in der Bezirksversammlung konsequent abgelehnt hat, einfach nicht auf. »21 Jastimmen, 15 Neinstimmen und 12 Enthaltungen.« Von wem die Neinstimmen vor allem kommen, müssen die LeserInnen des Abendblatts raten.

Ganz ähnlich verhält es sich mit dem Thema Soziale Erhaltungsverordnung. Am 22. Juni erklärte Stadtentwicklungssenatorin Anja Hajduk auf einer Pressekonferenz, dass der Senat einen »Aufstellungsbeschluss« für St. Georg gefällt habe. Das bedeutet, dass im IV. Quartal eine Repräsentativbefragung von ca. 20% der St. Georger Haushalte stattfindet. Mit dem Ergebnis und einer möglichen Unterschutzstellung größerer Teile des Quartiers sei nach Hajduk frühestens im April 2011 zu rechnen, also

- fast zweieinhalb Jahre, nachdem das laufende Verfahren vorsichtig auf den Weg gebracht wurde;
- neun Jahre, nachdem ein von der Stadtentwicklungsbehörde beauftragter Gutachter eindeutig eine solche Verordnung für den Stadtteil empfohlen hatte, aber auf den massiven Widerstand von SPD und CDU Mitte stieß, die die Einführung einer Erhaltungsverordnung ablehnten;
- zehn Jahre zu spät (nach Angaben der Senatorin sind alleine von 2000 bis 2009 wenigstens 66 Wohnhäuser, d.h.

etwa 500 bis 600 Miet- in Eigentumswohnungen umgewandelt worden – etwa 10% des gesamten Wohnungsbestandes in St. Georg);

- elf Jahre, nachdem zunächst der Einwohnerverein St. Georg die Forderung erhoben und bald auch der örtliche Stadtteilbeirat sie übernommen hatte.

DIE LINKE hat sich in den vergangenen Jahren immer für eine ganz St. Georg erfassende Soziale Erhaltungs- samt Umwandlungsverordnung eingesetzt, was man von der CDU und der SPD im Bezirk nicht behaupten kann, die noch bis 2009 gegen eine solche Verordnung polemisierten. Aber auch in diesem Fall gilt: Lieber totschweigen. Weder im »Abendblatt« noch im gut halbseitigen Bericht der »Welt« wird ihr Agieren mit auch nur einem einzigen Wort erwähnt. Stattdessen hat die FDP in den beiden erwähnten Artikeln viel Raum bekommen, muss sie doch schließlich erneut in die Hamburgische Bürgerschaft geschrieben werden, um die bedrohte bürgerliche Mehrheit perspektivisch zu sichern.

Aber beklagen wir uns nicht: Das jahrelange Engagement der LINKEN, z.B. dokumentiert in der Ende 2009 von der Bürgerschaftsfraktion publizierten Broschüre »Wem gehören die Quartiere? Chancen & Grenzen von Sozialen Erhaltens- und Umwandlungsverordnungen« oder in klaren Voten in den Gremien, wirkt trotz des Totschweigens seitens der »objektiven und unabhängigen Presse«. Wer den O-Ton der LINKEN hören oder lesen will, findet Positionsbestimmungen und konstruktive Vorschläge zu vielen Problemen der Stadt unter www.linksfraktion-hamburg.de.

Tatenlosigkeit verschärft Finanzchaos



In seiner Regierungserklärung zum Übergang des schwarz-grünen Senats zu einer rigorosen Sparpolitik hat Bürgermeister Ole von Beust am 16. Juni darauf verwiesen, dass Hamburg mit einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um

3,5% im Jahr 2009 im Bundesvergleich relativ gut abgeschnitten hat. Auch auf dem Arbeitsmarkt sei der Einbruch weniger schlimm gewesen als befürchtet. Dazu habe auch beigetragen, dass der Senat im Frühjahr 2009 mit der »Hamburger

Konjunkturoffensive 2009/2010« konjunkturell erfolgreich gegengesteuert habe. Bei diesen Maßnahmen handelt es sich zum einen um das vom Bund aufgelegte Konjunkturprogramm II, aus dem Hamburg 230 Mio. Euro zur Verfügung gestellt wurden, und das die Stadt um 75 Mio. Euro aufstocken musste – insgesamt ein Gesamtvolumen von rd. 350 Mio. Euro.

Zum anderen ging es um ein »Hamburger Konjunkturprogramm«, das im Wesentlichen aus zeitlich vorgezogenen Investitionen in Höhe von tatsächlich 210 Mio. Euro besteht. Durch Hinzurechnen eh schon bestehender Titellansätze für die damit finanzierten Maßnahmen hat man sich das Volumen dann auf über 400 Mio. Euro hochgerechnet. Anfang 2010 hat sich Wirtschaftssenator Axel Gedaschko von der Prognos AG in einem teuren Gutachten die segensreichen Wirkungen dieser Antikrisenmaßnahmen bestätigen lassen. »Die Mittel der Konjunkturoffensive leisten einen wertvollen Beitrag zur Abmilderung der Auswirkungen des konjunkturellen Einbruchs.«

Jetzt stellt sich heraus, dass auch bei der »Hamburger Konjunkturoffensive« die hohe Kunst der wolkigen Ankündigungen praktiziert wurde, die der schwarz-grüne Senat und seine Vorsteher so perfekt beherrschen. Denn tatsächlich sind von den angekündigten Maßnahmen in Höhe von 773 Mio. Euro (zu dem Verwirrspiel mit den Zahlen siehe oben) zum 15.5.2010 gerade einmal 143 Mio. Euro (18,5%) realisiert worden. (Konjunkturprogramm des Bundes 61 Mio. von 309 Mio. Euro; Hamburger Konjunkturprogramm: 82 Mio. von 465 Mio. Euro)

Wenn also in Hamburg der Konjunktüreinbruch nicht ganz so schlimm war (obwohl er das größte Minus in der Nachkriegsgeschichte darstellt) wie im Bundesdurchschnitt, dann nicht wegen des mutigen politischen Gegensteuerns durch entschlossene schwarz-grüne Akteure, sondern trotz deren wirtschaftspolitischer Tatenlosigkeit. Sie haben damit ihren Beitrag zum dramatischen Abstieg der Insolvenzen, zu steigender Arbeitslosigkeit und wachsender Armut und nicht zuletzt zu Steuerausfällen von 6 Mrd. Euro bis 2013 geleistet.

So musste denn der erste Bürgermeister in seiner Regierungserklärung auch einräumen, dass trotz wirtschaftlicher Erholung die Zuwächse des Bruttoinlandsprodukts in den nächsten Jahren nur mäßig ausfallen werden. Es kann keinesfalls davon ausgegangen werden, durch höhere Steuereinnahmen den bis 2013 auf ca. 36 Mrd. Euro anwachsenden Schuldenberg Hamburgs in irgendeiner Weise abzubauen. Deshalb sei nun ein radikaler Kurswechsel in der Haushaltspolitik notwendig, müssten ab 2011 insgesamt 500 Mio. Euro im Betriebshaushalt eingespart werden.

Dieser Kurswechsel wird durch die Beschneidung der privaten und öffentlichen Nachfrage die regionalen Wirtschaftskreisläufe zusätzlich belasten und letztendlich zu noch weniger Wirtschaftswachstum und Steuereinnahmen führen. Hinzu kommt, dass es der Senat gerade in der Krise durch sein Nichtstun versäumt hat, die strukturellen Probleme der Hamburger Wirtschaft anzugehen. Die Zukunft der Hafenvirtschaft ist angesichts des auch in der Zukunft gebrem-



Auch die Wiedereinführung der Straßenbahn als Stadtbahn ist vorerst den Sparplänen zum Opfer gefallen

ten Welthandels und wegen der Verschiebungen zwischen den großen Umschlagplätzen völlig ungewiss. Statt Investitionen in zukunftsträchtige Dienstleistungsbereiche (Bildung, Gesundheit, Infrastruktur, Wohnungsbau) hat es der Senat vorgezogen, in zweifelhafte Leuchtturmprojekte wie die Elbphilharmonie zu investieren, die zudem die zukünftigen Betriebshaushalte mit ihren laufenden Kosten massiv belasten.

Der Senat treibt völlig konzeptionslos durch die Krisenkonstellation und verengt mit jedem Tag, den er an der Macht bleibt, die finanzpolitischen Spielräume und damit die Gestaltungsmöglichkeiten der Hamburger Politik. Der Übergang zu einer Brüning'schen Austeritätspolitik ist das Gegenteil dessen, was die Stadt jetzt braucht. Natürlich müssen alle Ausgabenpositionen im Betriebs- wie im Investitionshaushalt auf den Prüfstand. Dabei gilt allerdings, dass Beschäftigte und Dienst- und Sozialleistungen für die BürgerInnen der Stadt nicht zur Disposition stehen, sondern z.T. deutlich ausgebaut werden müssen – aus ökonomischen Gründen und zur Bekämpfung der sozialen Spaltung. Darüber hinaus muss durch massive öffentliche Investitionen in Bereiche mit großem

Nachholbedarf (Infrastruktur, Kindergärten, Schulen, Universitäten und Wohnen) der Umbau der Hamburger Wirtschaft eingeleitet und dadurch die regionalen Wirtschaftskreisläufe gestärkt werden.

Um eine solche Politik nachhaltig machen zu können, ist allerdings ein radikaler Kurswechsel in der staatlichen Einnahmepolitik erforderlich. Durch effektiveren Steuervollzug kann schon in Hamburg die Haushaltslage deutlich verbessert werden. Darüber hinaus gilt es auf Bundesebene – auch über den Bundesrat – Initiativen für eine Steuerpolitik zu ergreifen, die die Einnahmesituation von Bund, Ländern und Gemeinden durch eine deutlich stärkere Belastung von Unternehmens- und Vermögenseinkommen (Vermögens-, Erbschaft- und Einkommenssteuer) auf eine andere Grundlage stellt.

Die gesellschaftliche Wirklichkeit zwingt den schwarz-grünen Senat im Wochenrhythmus zu Korrekturen seiner Finanzplanung und zerrt damit die mangelnde Seriosität und Konzeptionslosigkeit seiner Haushaltspolitik ans Licht der Öffentlichkeit. So hat er jetzt bei der Bürgerschaft Änderungen am Haushaltsplan 2010 beantragt. Danach will er sich 260 Mio. Euro Mehrausgaben bewilligen lassen – vor allem, weil er ganz offensichtlich die sozialen Folgekosten der Krise unterschätzt hat. Der Hauptbrocken der beantragten Mehrausgaben entfällt mit 156 Mio. Euro auf soziale Leistungen. So müssen für die Kosten der Unterkunft nach SGB II (Hartz IV) 45 Mio. mehr ausgegeben werden als geplant – wegen steigender Mietkosten und höherer Fallzahlen, sprich Menschen, die infolge der Krise auf diese Sozialleistungen angewiesen sind. Der Mehrbedarf der Position »Sozialhilfe einschl. Blindengeld« steigt insgesamt um 95 Mio. Euro. Auch bei den gesetzlichen Leistungen nach SGB VIII (Hilfen zur Erziehung etc.) werden Mehrbedarfe in Höhe von 53 Mio. Euro geltend gemacht.

Mit dieser Änderung steigt der Finanzierungssaldo im Jahr 2010 auf knapp 2,2 Mrd. Euro (1,1 Mrd. im Betriebs- und 1 Mrd. im Investitionshaushalt), der vollständig durch (erhöhte) Kreditaufnahme des Sondervermögens Konjunkturstabilisierungsfonds gedeckt werden soll. Wenn aber bereits im Jahr 2010 1,1 Mrd. Euro im Betriebshaushalt fehlen, wie können es dann 2011 »nur« 510 Mio. Euro sein, wie vom ersten Bürgermeister in seiner Regierungserklärung verkündet? Der Hintergrund der Redeweise von der »kreativen Bilanzierung« ist offensichtlich: Dem schwarz-grünen Senat und Finanzsenator Frigge ist der Überblick abhanden gekommen.

Schwarz-grün praktiziert in einen finanzpolitischen Blindflug. Der Übergang zu einer radikalen Sparpolitik geht einher mit einer unseriösen Ausgabenplanung und -politik, die zum einen die Kosten der Krise chronisch unterschätzt, zum anderen durch beständige Überschreitung der Kostenansätze vor allem bei den Leuchtturmprojekten den Haushalt unverantwortlich belastet. Hinzu kommt: Die Kosten der diversen Schattenhaushalte, vor allem aber die Folgen des Engagements bei der maroden HSH Nordbank (schon bisher Vernichtung von öffentlichem Vermögen in der Größenordnung von 1,7 Mrd. Euro), werden nirgendwo in Anschlag gebracht.

Fest steht auch: In den nächsten Jahren Beträge von 500 Mio. bis 1.000 Mio. Euro kürzen zu wollen, ist sozial- und wirtschaftspolitisch ein Katastrophenkurs. Er führt zu einer erneuten Verschärfung sozialer Ungleichheit und einer weiteren Erosion des Wohlfahrtsstaates. Die Alternative ist ein radikaler Kurswechsel in der Steuer- und Einnahmepolitik, um unverzichtbare öffentliche Aufgaben ohne beständige Schuldenaufnahme zu finanzieren (die wichtigsten Stichworte: effektiverer Steuervollzug, verfassungskonforme Wiedererhebung der Vermögenssteuer, Einführung einer Finanztransaktionssteuer, Ausbau der kommunalen Gewerbesteuer zu einer Gemeindefinanzsteuer, umfassende Reform der Grundsteuern, gerechtere Erbschaftssteuern und progressive Besteuerung von Kapitalerträgen und höheren Einkommen). Das Argument, das können wir in Hamburg allein nicht auf den Weg bringen, zählt nicht. Allein durch einen effektiveren Steuervollzug ließen sich für Hamburg Mehreinnahmen in dreistelliger Millionenhöhe realisieren.

Nach der Ankündigung eines rigorosen Sparprogramms mit Kürzungen im Betriebshaushalt von 500 Mio. Euro jährlich ab 2011 in der Regierungserklärung des ersten Bürgermeisters Ole von Beust rätseln die BürgerInnen der Stadt, wie das konkret gehen soll, was das für ihre Lebensverhältnisse bedeutet und welche Perspektive oder Vision sich dahinter verbirgt.

Die durch von Beust angekündigten Sparmaßnahmen bleiben wolkig.

- Die anvisierten Einsparungen bei den Personalkosten in Höhe von 100 Mio. Euro durch Kürzung oder Streichung des Weihnachtsgeldes bei den Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes sind rein rechnerisch nicht nachvollziehbar.
- Die angedrohte Effektivierung der Verwaltung, die 100 Mio. Euro bringen soll, ist ohne massiven Personalabbau, Leistungsverdichtung und Streichung von Dienstleistungen und/oder Gebührenerhöhungen nicht machbar.
- Dasselbe gilt für die 250 Mio. Euro, die die Behörden an Einsparungen aufgebracht bekommen sollen.
- Das Schröpfen der öffentlichen Unternehmen um 50 Mio. Euro kann eigentlich nur als Witz bezeichnet werden, hatte der Senat doch noch im Zusammenhang mit dem Finanzplan 2009/2010 angekündigt, das sie 100 Mio. Euro aus dem Haushalt nötig haben, weil die Krise ihre Geschäfte belastet. Wie das zusammengeht, bleibt völlig offen. Die einzige Möglichkeit: Gebührenerhöhungen beim HVV oder Mieterhöhungen durch die SAGA, um das Geld aufzubringen.

Und als ob der Rätsel nicht schon genug seien, toppt der Finanzsenator die Ankündigungen des Bürgermeisters mit Vorschlägen, die die Nebel noch weiter verdichten: Fünf Behörden statt acht seien genug und in den Bezirksämtern gebe es sowieso zu viele Doppelstrukturen, die man einsparen könne. Welchem Leitbild diese Wolkenkuckscheime folgen, nachdem »Wachsen mit Weitsicht« außer Kraft gesetzt ist, bleibt der Phantasie der BürgerInnen überlassen.

Proteste gegen Sparpakete

Angesichts der Ankündigungen von Senat und Bundesregierung, in den kommenden Jahren massive Streichungen und weitere Einschnitte ins soziale System vorzunehmen, wachsen Protest-Initiativen. Die Gewerkschaften orientieren auf Veranstaltungen und Demonstrationen im Herbst, ein Höhepunkt soll der 29. September sein, an dem der Europäische Gewerkschaftsbund mit europaweitem Protest Flagge gegen den Sozialabbau zeigen will. Für diesen Aktionstag mobili-

siert auch eine Initiative von vor allem Kulturschaffenden und anderen Persönlichkeiten (siehe www.unruhestiften.de). Ich dokumentiere den Aufruf »Leistet Widerstand!«, der sich in Anlehnung an Worte des Hamburger Schriftstellers Wolfgang Borchert gegen die unsozialen Streichungspläne in Bund und Ländern richtet und inzwischen von mehr als 1.200 Menschen unterzeichnet wurde.

Leistet Widerstand!



Arbeitslose, wenn sie euch jetzt durch neue kommunale Zwangsarbeitsdienste den Rest an Menschenwürde nehmen wollen, den sie euch noch gelassen haben, dann gibt es nur eines: Leistet Widerstand!

Hartz IV-Empfänger, wenn sie euch nicht mehr rentenversichern, weil sie der Auffassung sind, dass ihr ohnehin nicht so alt zu werden braucht, dann gibt es nur eines: Leistet Widerstand!

Eltern, wenn sie euch die Unterstützung für die Kindererziehung nehmen wollen, weil sie statt in die Zukunft eurer Kinder in die Zukunft systemrelevanter Banken und Unternehmen investieren, dann gibt es nur eines: Leistet Widerstand!

Wohngeldempfänger, wenn sie euch den Heizkostenzuschuss streichen, weil sie meinen, dass es in Deutschland durch die Klimakatastrophe und längere AKW-Laufzeiten warm genug ist, dann gibt es nur eines: Leistet Widerstand!

Familien, wenn sie euch weismachen, dass ihr auch aus eigenem Verschulden als Leistungsempfänger bei den Tafeln euer Essen kaufen müsst, während die sogenannten Leistungsträger an den anderen Tafeln tafeln können, dann gibt es nur eines: Leistet Widerstand!

Kinder, wenn sie euren Eltern jetzt auch das Elterngeld von Hartz IV nehmen, obwohl sie wissen, dass über 1,3 Mil-

lionen Kinder in Deutschland von Armut betroffen sind, und sie euch vorlügen, dass ihr trotzdem die gleichen Chancen wie andere Kinder habt, dann gibt es nur eines: Leistet Widerstand!

Alleinerziehende Mütter, wenn ihr tagsüber mit euren Kindern durch die Innenstädte irrt, damit euch zuhause nicht die Decke auf den Kopf fällt, ihr von den letzten zwei Euro vierzig eurem Kleinkind ein Gebäckstück beim Bäcker kauft und abends dann im Fernsehen hört, dass Deutschland ein kinder- und familienfreundliches Land ist, dann gibt es nur eines: Leistet Widerstand!

Deutsche, wenn sie euch wieder einmal demagogisch vorgaukeln, dass an der Krise nicht das herrschende Profitsystem von Banken und Unternehmen schuld ist, sondern eure ausländischen Nachbarn, denen es oft noch schlechter geht als euch, dann gibt es nur eines: Leistet Widerstand!

Bürgerinnen und Bürger, wenn sie euch immer wieder predigen, dass ihr über eure Verhältnisse gelebt habt, obgleich ihr genau wisst, dass die herrschenden Verhältnisse andauernd von uns leben, dann gibt es nur eines: Leistet Widerstand!

(frei nach W. Borchert/einheiztextdienst)

Kontakt: Werner Lutz, Tel. 09 131/404671

Die liebste Bank der Region



Geliebt und geführt: die Zukunftspläne der HSH Nordbank

Ein Argument für die Fortführung der angesprochenen HSH Nordbank mit öffentlichen Finanzmitteln war, dass nur dadurch die regionalen Unternehmen einen wichtigen Finanzierungs- und Beratungspartner behalten. Wie dies konkret aussieht, kann man an folgendem Fall ablesen: Die Bank, im Mehrheitsbesitz von Hamburg und Schleswig-Holstein, hat intern eine Bad Bank gebildet, in die toxische Wertpapiere und nicht-strategische Geschäftsfelder verlagert werden. Sinn dieser Bad Bank ist der zügige Abbau von Risiken, damit die Bank bis Ende 2011 wieder schwarze Zahlen schreiben kann. Auch einen Teil ihres Kreditbestands im Schiffsgeschäft von derzeit rund 35 Mrd. Euro wird in diese Bank für auslaufende Engagements umgeschichtet, d.h. Schiffsfinauzierungen in der Größenordnung von rund acht Mrd. Euro.

Für etliche norddeutsche – überwiegend mittelständische – Reedereien bedeutet die Verlagerung von Krediten in die Abbaubank, dass auslaufende Schiffsfinauzierungen von der HSH Nordbank nicht mehr verlängert werden. Die Reedereien müssen sich Kredite bei anderen Banken organisieren – oder aber sie drohen ihre Schiffe durch Zwangsversteigerungen zu verlieren. Die HSH Nordbank zwingt die betroffenen Reeder, sich neue Kreditfinanzierungen bei anderen Instituten zu verschaffen. Eine solche Anschlussfinanzierung sei angesichts der Lage auf dem Schiffssektor und der anhaltenden Wirtschaftskrise bei der gegenwärtigen Kreditverknappung praktisch unmöglich – so ein Experte für Schiffsfinauzierungen gegenüber dem Abendblatt. Zwangsversteigerungen sind nicht ausgeschlossen, auch wenn die Manager der HSH Nordbank sie möglichst vermeiden wollen, denn sie drücken den Marktwert des Schiffbestandes und bringen zusätzliche Unruhe in den Markt.

Ihre Strategie machte die HSH Nordbank bei einem Treffen mit ihren Kunden jüngst in Stade deutlich. Seitdem geht bei den Reedereien an der Unterelbe die Angst um. »Da kommt eine Lawine auf uns zu«, sagte Petra Heinrich, die die Reederei Heinrich in Jork führt. Sie ist die Vorsitzende des Anfang Mai gegründeten Reedervereins Unterelbe, dem derzeit 41 Unternehmen mit 340 Schiffen angehören. Viele von ihnen fürchten um ihre Existenz. Die Bank kann laut Vertrag selbst bereits fahrende Schiffe verkaufen, wenn die Reeder ihre Zahlungen nicht leisten können oder der Wert des Schiffes als Sicherheit für den vergebenen Kredit nicht mehr ausreicht. Für die Bank wäre in einem solchen Fall ein Verkaufserlös in Höhe des Darlehens ausreichend. Für den Reeder bliebe dann nichts. Sein eingebrachtes Eigenkapital wäre verloren, das Unternehmen stünde vor dem Aus. Insgesamt geht es bei den Unternehmen des Unterelbe-Raumes um Kredite von 1,5 Milliarden Euro. Betroffen wären – einschließlich der Offiziere und Kapitäne an Bord – deutlich mehr als 1000 Arbeitsplätze. Für jeden Beobachter ist klar: Diese Geschäftspolitik steht im Gegensatz zum Auftrag der Bank, »mittelständische Firmenstrukturen in Norddeutschland zu erhalten«.

Für den Vorstand der Bank ist die Vergangenheit abgehakt. Das Management behauptet, bei dem Sanierungs- und Restrukturierungsprozess im Plan zu liegen. Der Plan sieht neben der Auslagerung toxischer Wertpapierbestände und der »Rückkehr zum soliden, regionalbasierten Bankgeschäft« weiter schwarze Zahlen für 2011 und eine Dividende für das Jahr 2012 vor. Der Bericht für das erste Quartal 2010, der der Bürgerschaft im Unterausschuss öffentliches Eigentum und Unternehmen vorgestellt wurde, erlaubt erste Einschätzungen. Ist die Bank nach diesen Daten wirklich im Plan?

Davon kann nun wirklich keine Rede sein. Es grenzt an Zynismus, wie man ein derart desaströses Geschäftsergebnis schönreden kann und der Öffentlichkeit weismachen will, dass die Bank auf gutem Wege ist. Noch ein weiteres Quartal mit solchen Geschäftsergebnissen, und die Fortführung der Bank ist in derzeitiger Struktur aussichtslos.

Die wichtigsten Fakten:

Der Verlust im 1. Quartal beträgt 320 Mio. Euro vor Steuern. Der Vorstand muss einräumen, dass dieses Ergebnis schlechter als der Plan und schlechter als das Ergebnis des 1. Quartals 2009 ist.

Es wird behauptet, die Liquidität der HSH Nordbank habe sich stabilisiert. Die Zahlen sprechen eine andere Sprache: Die Barreserve ist von 1.269 Mio. Euro (31.12.2009) auf 681 Mio. Euro innerhalb von nur drei Monaten gesunken. Die Gewinnrücklage geht von 1.607 Mio. Euro auf 834 Mio. Euro zurück (innerhalb von drei Monaten ein Rückgang von 48%). Um diese Negativentwicklung zu verstehen, müssen wir uns den Cash-Flow ansehen; er zeigt an, wie es um die Geschäftssituation der Bank bestellt ist, und lässt Rückschlüsse auf ihre Handlungsparameter für die nächste Zeit zu: Der Cash-Flow aus laufender Geschäftstätigkeit, der im 1. Quartal 2009 mit -452 Mio. Euro schon stark negativ war, hat sich mehr als verdoppelt auf -1.059 Mio. Euro, d.h. die Bank schreibt in ihrem eigentlichen Kerngeschäft massive Verluste. Von einem tragfähigen Geschäftsmodell kann nicht in Ansätzen die Rede sein.

Womit verdient die Bank ihr Geld, um die Verluste zu reduzieren? Geld verdient wird nach wie vor im Investmentbanking. Die Zinserträge aus derivativen Finanzinstrumenten be-

tragen im 1. Quartal 2010 insgesamt 2.626 Mio. Euro (im 1. Quartal 2009 waren es sogar noch 4.864 Mio.).

Der Bestand an Risikovorsorge - Wertberichtigung auf bestehende Engagements gegenüber Kunden und Banken - ist von Ende 2009 mit -4.718 Mio. Euro auf jetzt -5.158 Mio. Euro angestiegen. Der Hintergrund dieser Operation: Die Forderungen an Kunden sind nur zu etwa 20% mit AAA bis A getatet, während 80% als »latent« gefährdet« klassifiziert sind.

In bekannter unnachahmlicher Bescheidenheit erklärt das Bankmanagement die höheren Verluste durch die Belastung aus öffentlichen Garantien. In der Tat muss die HSH Nordbank gegenüber dem Finanzfonds SoFFin und der Garantieanstalt der Länder Schleswig-Holstein und Hamburg im 1. Quartal 151 Mio. Euro abführen. Diese Garantien eröffnen der HSH Nordbank überhaupt erst ein günstiges Refinanzierungspotenzial, welches die Gebührenzahlung überkompensiert. Ohne diese Garantien wäre die Bank bereits insolvent. Zum Jahresende 2010 sollen die Garantien der SoFFin, von denen die HSH Nordbank 17 Mrd. in Anspruch nimmt, wegfallen. Die spannende Frage: Wer wird die Garantien übernehmen?

Unnachahmlich wird auch die Aussicht auf die weitere Zukunft der HSH Nordbank beschrieben. Die Unternehmensfortführung wird daran geknüpft, dass die Rekapitalisierung (3 Mrd. Euro) und die Billigung des Restrukturierungskonzeptes von der EU bis jetzt toleriert wurde. »Der Fortbestand der HSH Nordbank AG hängt davon ab, dass ... die gewährten Stabilisierungsmaßnahmen von der EU-Kommission genehmigt und von der Bankenaufsicht dauerhaft als Eigenmittel entlastend anerkannt werden.« Schöne Aussichten!

Kombibahn: Erledigt!



Jetzt laufen sie doch nicht...

Es wäre sicherlich vermessen, das Ende der geplanten Doppelpferderrennbahn in Horn allein dem Protest der BürgerInnen gegen dieses teure und überflüssige Projekt zuzurechnen. Dass am 16. Juni Bürgermeister Ole von Beust in seiner Regierungserklärung endgültig Abschied von dem Elite-Event-Projekt nehmen musste, ist vorrangig der katastrophalen Haushaltslage zuzuschreiben. Auch wenn 1,4 Mio. Euro für Planungskosten bereits verpulvert worden sind, sol-

len die verbleibenden 30 Mio. Euro nun das dramatische Etatloch stopfen helfen.

Gleichwohl darf die auch mit den diversen Ausgaben des BürgerInnenbriefes praktizierte Aufklärung über die Planung des schwarzen-grünen Senats und der SPD-GAL-Koalition im Bezirk ein Faktor gewesen sein, sich von diesem »Leuchtturmprojekt« zu verabschieden. Tatsächlich war DIE LINKE sowohl in der Bürgerschaft als auch in der Bezirksversamm-

lung Hamburg-Mitte die einzige Partei, die sich in den letzten zwei Jahren konsequent gegen die Kombibahn gestemmt hat. Dies sollte Mut machen, mit Informationen über die ebenso abgehobenen Pläne für eine Reiterstaffel der Polizei, diverse Gebäude in der HafenCity und eine Music-Hall auf dem Gelände der ehemaligen Rindermarkthalle in St. Pauli den Widerstand gegen unsinnige Projekte zu untermauern. Aber ich gestehe, dass mir auch die vermutlich etwas bedröppelten Gesichter der BezirkspolitikerInnen von SPD und GAL, die sich zuletzt ausgerechnet für Pferdetoto und Derby stark machten, eine klammheimliche Freude bereiten...

In einem Punkt bleibt die von der Fraktion DIE LINKE herausgegebene Broschüre »Begrabt die Doppelrennbahn an der Kehre des Geläufs! DIE LINKE zum Ausbau der Horner Rennbahn« höchst aktuell: Die unselige, von der ganz Großen Koalition aus SPD-GAL-CDU wiederholt vorgenommene Verknüpfung

der Kombibahn mit einem für die Horner Bevölkerung zu schaffenden Stadtteiltreffpunkt wird erneut in den Mittelpunkt der Auseinandersetzungen rücken. Wir haben uns von Beginn an dagegen ausgesprochen, die Doppelrennbahn mit dem neuen Bürgerhaus in Verbindung zu bringen, jetzt droht mit dem Kippen der Rennbahnpläne auch ein Scheitern des Stadtteiltreffpunkts. Dies muss mit vereinter Kraft verhindert werden, denn Horn braucht endlich nach einem Jahrzehnt der vergeblichen Forderungen und Hoffnungen seinen eigenen Mittelpunkt. DIE LINKE wird sich auch weiterhin für dieses wichtige Projekt einsetzen, um die Lebensqualität in dem lange Zeit vernachlässigten Gebiet zu verbessern. Dazu gehört auch, das Areal der jetzigen Galopprennbahn nicht weiter verkommen zu lassen, sondern die links und rechts vom Geläuf liegenden Flächen gezielt als Freizeit- und Erholungspark (wieder-) herzurichten.

Deserteure & »Wehrkraftzersetzer«



Noch hängt das Transparent: Aktionstag am 5. Juni in Ohlsdorf

Dass das Thema »linke Gedenkkultur« auf Interesse stößt und auch Kontroversen hervorruft, zeigen nicht zuletzt die Reaktionen auf Michael Johos Beitrag im letzten BürgerInnenbrief. Ein Grund mehr, sich dieses Themas auch weiterhin anzunehmen. Aktuellster Anlass: Die Auseinandersetzungen um das Gedenken an Deserteure und »Wehrkraftzersetzer«, die sich im Zweiten Weltkrieg dem Eroberungskrieg der Nazi-Wehrmacht entgegenstellten und durch »Fahnenflucht« entzogen.

Es wird geschätzt, dass etwa 350.000 bis 400.000 deutsche Soldaten (von insgesamt 18,2 Mio. an den Fronten) desertiert sind. Rund 30.000 von ihnen wurden von der NS-Militärjustiz zum Tode verurteilt, in 23.000 Fällen soll das Urteil auch vollstreckt worden sein. Für Hamburg liegen bisher noch keine

verlässlichen Zahlen und nur wenige biographische Skizzen von Deserteuren vor.

Die Erinnerung an diese konsequente Form der Kriegsdienstverweigerung muss wach gehalten werden, zumal wenn erneut deutsche Soldaten in aller Welt gegebenenfalls auch mit militärischem Flankenschutz »die wirtschaftlichen Interessen Deutschlands« durchsetzen sollen.

Die Geschichtswerkstatt Willi-Bredel-Gesellschaft gehört zu den wenigen Organisationen, die sich bereits seit längerem mit dieser Opfergruppe beschäftigen. Am 5. Juni 2010 brachte sie auf dem Ohlsdorfer Friedhof am »Gefallenendenkmal« ein Transparent an, um der auf dem Friedhof beigesetzten Deserteure zu gedenken. Unterstützt wurde der Geschichtsverein

vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge und der Bezirksversammlung Hamburg-Nord, die die Aktion finanzierte. Trotz dieser abgesprochenen, breit unterstützten und völlig legalen Aktion nahm die Ohlsdorfer Friedhofsverwaltung das Transparent nach 14 Tagen selbstherrlich ab (angeblich habe es Beschwerden gegeben) und stellte der Geschichtswerkstatt die Kosten für das Entfernen des Transparents in Höhe von

223,72 Euro in Rechnung. Ich habe den Senat in einer Kleinen Anfrage gefragt, wie es zu diesem skandalösen Vorgang kommen konnte, und was in und von der Freien und Hansestadt Hamburg mit Blick auf die Deserteure an Forschung, Aufklärung, Wiedergutmachung und Entschädigung in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten geleistet wurde.

Auch Gregor Gysi für Primarschule

Inzwischen haben bereits knapp 320.000 HamburgerInnen per Briefwahl über den Primarschul-Volksentscheid abgestimmt, viele Menschen werden auch noch am 18. Juni die Wahlbüros aufsuchen. Es sind nur noch drei Wochen Zeit, Materialien zu verteilen, zu plakatieren und Gespräche zu führen, damit die Initiative der Schulverbesserer gewinnt. Der Landesverband der LINKEN greift in der »heißen Phase« mit zwei Großveranstaltungen im Bezirk Hamburg-Mitte ein: Nachdem am 26.6. die Parteivorsitzende der LINKEN Gesine Lötzs zusammen mit dem Bürgerschaftsabgeordneten Mehmet Yildiz und dem Bezirksabgeordneten Ronald Wilken in Wilhelmsburg aufgetreten ist, folgt am Freitag, den 2. Juli, Gregor Gysi. Der Vorsitzende der Bundestagsfraktion wird um 14:30 Uhr auf dem Billstedter Wochenmarkt (Möllner Landstraße 1) für das längere gemeinsame und solidarische Lernen werben. Weiter sprechen die Fraktionsvorsitzenden der LINKEN in der Hamburgischen Bürgerschaft, Dora Heyenn, sowie Frank Teichmüller von der »Allianz für Chancengerechtigkeit« (Die Schulverbesserer).

Am 3. Juli rufen die 28 migrantischen Vereine der Interkulturellen Elterninitiative zur Beteiligung an einer Kundgebung auf dem Rathausmarkt auf. Sie wollen damit ein Zeichen setzen für die Unterstützung der Primar-

schule und zugleich dagegen protestieren, dass rund 206.000 HamburgerInnen ohne deutschen Pass von der Teilnahme an der Abstimmung ausgeschlossen sind.

Gemeinsam länger lernen!
Mehr Chancen für alle Kinder!

Kundgebung
für längeres gemeinsames Lernen
mit
Gregor Gysi, Dora Heyenn
sowie **Frank Teichmüller**
(Chancen für alle)

Freitag, 2. Juli ab 14:30 Uhr
in Billstedt
(Beim EKZ Billstedt, am Rande des Wochenmarktes)

Gregor kommt:

www.linke-fuer-primarschule.de

DIE LINKE.
Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft

Kulturtipp: Singend und träumend ins Paradies



Wer die Welt verstehen will, beschäftigt sich mit Geschichte, Klassenverhältnissen oder den ökonomischen Grundlagen der Gesellschaftsformationen. Wer das Zusammenspiel dieser mit der Rolle einzelner Persönlichkeiten begreifen möchte, der bzw. dem seien die Zeugnisse aktiv beteiligter Zeitgenossen empfohlen. Zu den in dieser Hinsicht eindringlichsten Autobiographien gehören für mich die Memoiren von Ilja Ehrenburg (»Menschen - Jahre - Leben«), von Pablo Neruda (»Ich bekenne, ich habe gelebt«) und von Mikis Theodorakis (»Die Wege des Erzengels«). Während ersterer Hintergrundmaterial über die Verhältnisse in der Sowjetunion bis in die 1950er Jahre liefert, Neruda die Entwicklung bis zum konterrevolutionären Putsch in Chile 1973 veranschaulicht, kann man bei Theodorakis vor allem etwas über den weithin unbekannt griechischen Freiheitskampf bis Ende der 1940er Jahre erfahren.

Diesem weltberühmten Musiker widmet das Deutsche Schauspielhaus am **4. Juli 2010 um 11:00 Uhr** aus Anlass seines 85. Geburtstages eine Hommage (Eintritt 20 Euro, ermäßigt 12 Euro). »Mikis Theodorakis ist eine der großen Symbolfiguren für die Menschlichkeit in unserer Zeit«, so die Ankündigung des Theaters. Er selbst hat seine ersten Jahrzehnte

in einem 1994 veröffentlichten Vorwort zur Autobiographie so zusammengefasst: »Der Leser dieses Berichts wird feststellen, dass ich ein einsamer Mensch in einer bewegten Zeit war, der versuchte, so gut er konnte, seine innere Welt mit dem, was um ihn herum geschah, in Übereinstimmung zu bringen. Bis zu dem Augenblick, da meine Musik in ganz Griechenland, ja in der Welt des Griechentums bekannt wurde, was mich, statt mich mit der Wirklichkeit auszusöhnen, noch mehr zum Idealischen hintrieb. Der Strudel der Ereignisse riß große Teile der griechischen Bevölkerung und vor allem der Jugend mit. Es formierte sich eine einmalige Prozession, ein phantastischer Triumphzug, in dem das Volk, »singend und träumend«, glaubte, ins Paradies des Griechentums gelangen zu können... Das währte nur wenige Jahre. Bis 1967 die Junta kam.«

Die Musik für die Matinee am 4. Juli wird von Gerhard Folkerts zusammengestellt, er begleitet zudem die Mezzosopranistin Julia Schilinski am Klavier. Der Schauspieler und Gewerkschafter Rolf Becker (der in diesem Jahr 75 Jahre alt wurde, wozu ich nachträglich gratuliere) rezitiert dazwischen Gedichte und einige Kapitel aus dem Lebensbericht von Mikis Theodorakis.

Mit diesem BürgerInnenbrief informiere ich regelmäßig über das Parlamentsgeschehen und die politischen Auseinandersetzungen in Hamburg, im Bezirk Mitte sowie im Wahlkreis. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief **per E-Mail** (und ggf. zusätzlich den monatlichen Infobrief »Mittenmang« des Bezirksverbandes Mitte und den Newsletter des Landesverbandes der LINKEN) beziehen oder wenn Sie diesen BürgerInnenbrief nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie eine kurze Mail an: joachim.bischoff@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie mich an, wenn Sie meine Arbeit als Abgeordneter in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt über das **BürgerInnenbüro der LINKEN.Hamburg-Mitte, Borgfelder Straße 83, 20537 Hamburg, Tel. 28 57 69 08**